

Rechenschaftsbericht

zur

Jahresrechnung 2024

I) Einnahmen und Ausgaben

1. Verwaltungshaushalt Einnahmen

Die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes in Höhe von 47.356.400,04 Euro lagen am Ende des Jahres gegenüber dem Ansatz im Haushaltsplan (55.765.600 Euro inkl. Nachtragshaushalt NHH) um rund 15 % niedriger.

Der im Haushalt veranschlagte Betrag von zu erwartenden Einnahmen der Grundsteuer A in Höhe von 21.000 Euro wurde um 624,63 Euro unterschritten, der Ansatz der Grundsteuer B mit 1,9 Mio. Euro wurde um rund 178 Tsd. Euro unterschritten (3,64 % der Einnahmen).

Bei den Gewerbesteuereinnahmen wurde um ca. 695 Tsd. Euro mehr erzielt als geplant und somit insgesamt rund 20,19 Mio. Euro eingenommen (Ansatz 19,5 Mio. Euro) (42,7 % der Einnahmen).

Der Einkommensteueranteil fiel mit rund 12,66 Mio. Euro um ca. 1,3 Mio. Euro niedriger aus als erwartet (Ansatz: 14,0 Mio. Euro) (26,7 % der Einnahmen). Die Beteiligung an der Umsatzsteuer hat mit rund 1,94 Mio. Euro den Ansatz um ca. 456 Tsd. Euro (Ansatz: 2,4 Mio. Euro) unterschritten (4,1 % der Einnahmen).

Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land lagen mit einer Gesamtsumme von rund 2,0 Mio. Euro um rund 603 Tsd. Euro unter der Planung (Ansatz: 2,6 Mio. Euro) (4,2 % der Einnahmen).

Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb unterschritten um rund 6,12 Mio. Euro mit insgesamt 7,81 Mio. Euro die erwarteten Einnahmen (Ansatz: 13,93 Mio. Euro). Eine exakte Schätzung ist selten möglich, da die Einnahmen in erster Linie abhängig sind von der Zahl der Bürgeranträge (Pässe, Bescheinigungen, Ausweise u.ä.) sowie der kindbezogenen Förderung nach BayKiBiG (16,5 % der Einnahmen). Ausschlaggebend in diesem Jahr war jedoch, dass die Rückerstattung aus Einnahmen nach Durchführung der Landesgartenschau noch nicht erfolgen konnte (Ansatz: 5,735 Mio. Euro), da die Endabrechnung erst im Jahr 2025 vorgelegt wird.

Die Konzessionsabgaben lagen mit einem Minus von rund 167 Tsd. Euro mit insgesamt 243 Tsd. Euro unter den Erwartungen (Ansatz: 410 Tsd. Euro) (0,5 % der Einnahmen).

Bei den weiteren Finanzeinnahmen (hierunter fallen insbesondere die sonstigen Kostenerstattungen aus SV KH 2030) wurden mit insgesamt 271 Tsd. Euro um rund 266 Tsd. Euro weniger realisiert als veranschlagt (Ansatz: 537 Tsd. Euro) (0,6 % der Einnahmen).

Zinseinnahmen waren mit rund 87 Tsd. Euro (Ansatz: 100 Tsd. Euro) zu verzeichnen.

Nach Berücksichtigung aller sonstigen Zuweisungen und Einnahmen wurden im **Verwaltungshaushalt insgesamt um rund 8,409 Mio. Euro und damit 15 % weniger eingenommen** als veranschlagt.

2. Verwaltungshaushalt Ausgaben

Die veranschlagten Personalausgaben in Höhe von 10,17 Mio. Euro wurden bei einem Ergebnis von rund 9,46 Mio. Euro um rund 714 Tsd. Euro unterschritten (20 % der Ausgaben).

Durch sparsame Bewirtschaftung und Einsparungen ist es auch gelungen, den Ansatz von 9,88 Mio. Euro für den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand mit tatsächlichen Ausgaben in Höhe von 9,62 Mio. Euro (d.h. um ca. 255 Tsd. Euro weniger) nicht auszuschöpfen (20,3 % der Ausgaben).

Auch bei den Zuweisungen und Zuschüssen wurde der Ansatz von 15,46 Mio. Euro deutlich, und zwar mit insgesamt 10,31 Mio. Euro um rund 5,15 Mio. Euro unterschritten. Hierunter fallen insbesondere die kindbezogene Förderung nach BayKiBiG, die Verbandsumlagen an Schul- und Zweckverband sowie die Schuldendiensthilfen für den Zweckverband Gymnasium und Realschule sowie Betriebskostenzuschüsse an die Landesgartenschau mit einem Ansatz von 4,88 Mio. Euro, wobei letztere nicht abgerufen werden mussten (21,76 % der Ausgaben).

Bei der Gewerbsteuerumlage waren im Vergleich zum Ansatz in Höhe von 3,3 Mio. Euro insgesamt tatsächlich lediglich rund 2,16 Mio. Euro zu bezahlen (4,6 % der Ausgaben).

Die Kreisumlage war in Höhe von 14,15 Mio. Euro knapp wie veranschlagt zu bezahlen (29,9 % der Ausgaben).

Die Zinsausgaben für bestehende Darlehen beliefen sich auf rund 1,24 Mio. Euro; sie unterschritten somit den Ansatz von 1,5 Mio. Euro um ca. 264 Tsd. Euro (2,6 % der Ausgaben).

Laut Ansatz 2024 sollte eine Zuführung zum Vermögenshaushalt in Höhe von 1.139.300 Euro erzielt werden. Trotz Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer und Minderausgaben in vielen anderen Bereichen (z.B.: Personal-, Unterhalts- und Betriebsausgaben, Zuschüssen) konnte auf Grund von Mindereinnahmen vor allem bei der Einkommensteuerbeteiligung und allgemeinen Zuweisungen **tatsächlich lediglich eine Zuführung zum Vermögenshaushalt in Höhe von 340.397,24 Euro erzielt werden.**

Nicht außer Acht gelassen werden darf aber auch die Tatsache, dass vorgesehene Unterhalts-, Sanierungs- und sonstige Investitionsvorhaben teilweise nicht oder noch nicht endgültig realisiert wurden bzw. werden konnten und daher auch mit zeitlicher Verzögerung zum Tragen kommen werden (nähere Erläuterung s. unter II).

3. Vermögenshaushalt Einnahmen

Die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushaltes in Höhe von 43.572.150,83 Euro erwiesen sich am Ende des Jahres gegenüber dem Ansatz im Haushaltsplan (56.631.100 Euro inkl. NHH) um 23 % niedriger.

Laut Haushaltsplanung waren durch Einnahmen aus städtebaulichen Verträgen ca. 5,02 Mio. Euro eingeplant, hier konnten lediglich 158 Tsd. Euro realisiert werden (0,4 % der Einnahmen).

Bei den Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurden von den veranschlagten 18,59 Mio. Euro ca. 13,61 Mio. Euro erreicht (31,2 % der Einnahmen). Allerdings wurden bei der Investitionszuweisung zur Landesgartenschau Haushaltseinnahmereste in Höhe von 4,069 Mio. Euro in das Jahr 2025 übertragen. Somit wird in diesem Bereich die Gesamtsumme den Einnahmen des Jahres 2024 zugerechnet.

Einnahmen aus Erschließungsbeiträgen waren in Höhe von 2,43 Mio. Euro veranschlagt, realisiert werden konnten allerdings 0 Euro. Die Erhebung von Erschließungsbeiträgen ist von den Baumaßnahmen an Straßen abhängig. Wenn keine Bauausgaben getätigt bzw. entsprechende Maßnahmen nicht endgültig abgeschlossen werden, können auch keine Erschließungsbeiträge erhoben werden, sodass ein großes Haushaltsdefizit nicht entstehen kann.

Erlöse aus Veräußerung von beweglichem Anlagevermögen waren in Höhe von 25 Tsd. Euro vorgesehen – es konnten hier Einnahmen in Höhe von 50.600 Euro erzielt werden.

Weitere hohe Einnahmen wurden durch die Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 4,5 Mio. Euro (mit Nachtragshaushalt um 1,5 Mio. Euro auf 4,5 Mio. Euro erhöht) veranschlagt, welche auch tatsächlich getätigt wurde.

Als Haupteinnahmequelle waren Kreditaufnahmen in Höhe von rund 24,92 Mio. Euro veranschlagt, welche auch realisiert wurden (tatsächlich mit 24,917 Mio. Euro) (57,2 % der Einnahmen).

Eine Zuführung vom Verwaltungshaushalt war in Höhe von 1.139.300 Euro eingeplant, tatsächlich konnte allerdings im Ergebnis lediglich eine Zuführung von 340.397,24 Euro realisiert werden (0,8 % der Einnahmen).

Insgesamt wurde um **ca. 13,06 Mio. Euro und damit rund 23,06 % weniger eingenommen** als geplant. Dieses Ergebnis resultiert in erster Linie aus den noch nicht geflossenen Einnahmen aus städtebaulichen Verträgen, von Erschließungsbeiträgen sowie zu einem Teil von Zuweisungen zu Investitionsförderungsmaßnahmen.

4. Vermögenshaushalt Ausgaben

Für den Erwerb von Grundstücken und baulichen Anlagen wurden rund 5,78 Mio. Euro getätigt, im Haushaltsplan veranschlagt waren 6,04 Mio. Euro (13,3 % der Ausgaben).

Hoch- und Tiefbaumaßnahmen wurden bei einem Ansatz von 37,29 Mio. Euro mit insgesamt rund 27,84 Mio. Euro realisiert (z.T. wurden HAR gebildet, im Einzelnen s.u.) (63,9 % der Ausgaben).

Der Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens erforderte Ausgaben in Höhe von rund 898 Tsd. Euro (Ansatz: 1,33 Mio. Euro) (2,1 % der Ausgaben).

Für den Erwerb von Beteiligungen und Kapitaleinlagen wurden 365 Tsd. Euro verausgabt (Ansatz: 350 Tsd. Euro) (0,8 % der Ausgaben).

An Darlehensgewährung an die Landesgartenschau GmbH wurden 4,86 Mio. Euro tatsächlich bei einem Ansatz von 4,89 Mio. Euro abgerufen (restliche 45 Tsd. Euro als HAR gebildet) (11,2 % der Ausgaben).

Die Tilgungsausgaben zur Tilgung von Krediten beliefen sich auf rund 2,14 Mio. Euro (Ansatz: 1,7 Mio. Euro) (4,9 % der Ausgaben).

Für Investitionszuweisungen, v.a. an den Schulverband Mittelschule sowie den Zweckverband weiterführende Schulen, wurden rund 1,47 Mio. Euro und damit ca. 1,1 Mio. Euro weniger als veranschlagt benötigt (Ansatz: 2,56 Mio. Euro) (3,4 % der Ausgaben).

Einen weiteren Ausgabeposten stellt nach **Abschluss und als Ergebnis der Jahresrechnung die Zuführung zur allgemeinen Rücklage** in Höhe von rund 177 Tsd. Euro (Ansatz: 0 Euro) dar (0,4 % der Ausgaben).

Bei der im Jahr 2022 geschaffenen Sonderrücklage für die Erweiterung Collegium 2000 in Höhe von rund 1,43 Mio. Euro sind mittlerweile noch rund 675 Tsd. Euro vorhanden.

Die wichtigsten Ausgaben für Hoch- und Tiefbaumaßnahmen im Einzelnen unter Berücksichtigung der Bildung von neuen Haushaltsausgaberesten (HAR) – neue HAR insgesamt 5,856 Mio. Euro:

Hochbau: Neubau Haus für Kinder II	10,1 Mio. Euro
Neubau Rathaus mit Bürgersaal	9,5 Mio. Euro (davon 4,48 Mio. Euro HAR)
Tiefbau: Umbau Kirchheimer Ei/Oval	5,2 Mio. Euro (davon 400 Tsd. Euro HAR)
Straßenbeleuchtung/Umrüstung auf LED	993 Tsd. Euro (davon 890 Tsd. Euro HAR)
Sonstiges: Darlehensgewährung an LGS	4,9 Mio. Euro (davon 45 Tsd. Euro HAR)

Es bestehen außerdem noch alte Haushaltsausgabereste aus Vorjahren in Höhe von insgesamt rund 2,59 Mio. Euro, welche bereits den Vorjahren den Ausgaben zugerechnet wurden, deren Finanzierung (= Geldfluss) aber erst bei Realisierung tatsächlich erforderlich wird.

II) Rücklagen

Der Rücklagenstand betrug zu Beginn des Jahres 2024:	6.366.300 Euro
Ende 2024 bzw. zum 01.01.2025:	2.043.800 Euro

Das entspricht einer Rücklage pro Einwohner in Höhe von 151 Euro zum 31.12.2024 (bei einem Einwohnerstand von 13.510 EW zum 30.06.2024 gem. Daten des gdl. Einwohnermeldeamtes).

Der Allgemeinen Rücklage können entgegen der ursprünglichen Planung nach Abschluss des Jahres 2024 im Laufe des Jahres 2025 insgesamt anstelle von 0 tatsächlich **177.049,45 Euro zugeführt** werden. Trotzdem ist das Endergebnis schlechter als veranschlagt. Bereits im Laufe des Jahres 2024 wurde ein Nachtragshaushalt erlassen, u.a. mit der Konsequenz, dass die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage um 1,5 Mio. Euro auf insgesamt 4,5 Mio. Euro erhöht und auch getätigt wurde. Hauptverantwortlich für diese Entwicklung sind erhebliche Baukostensteigerungen und die Verzögerung von Einnahmen aus Investitionszuweisungen/Förderungen.

Erläuterung zum aktuellen Rücklagenstand:

Folgende Gründe sind für das Ergebnis verantwortlich:

* im Verwaltungshaushalt:

- Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer in Höhe von ca. 516 Tsd. Euro
- Mindereinnahmen bei der Einkommensteuerbeteiligung in Höhe von ca. 1,3 Mio. Euro
- Mindereinnahmen aus Verwaltung und Betrieb in Höhe von rund 6,1 Mio. Euro (s. LGS)
- Minderausgaben bei Personal in Höhe von ca. 714 Tsd. Euro
- Minderausgaben bei Verwaltungs- und Betriebsaufwand in Höhe von ca. 255 Tsd. Euro
- Minderausgaben bei Zuweisungen und Zuschüssen in Höhe von ca. 5,2 Mio. Euro (s. LGS)
- Minderausgaben bei der Gewerbesteuerumlage in Höhe von ca. 1,3 Mio. Euro

* im Vermögenshaushalt:

- Mindereinnahmen aus städtebaulichen Verträgen und Erschließungsbeiträgen in Höhe von rund 7,3 Mio. Euro
- Mindereinnahmen aus Investitionszuweisungen in Höhe von ca. 5 Mio. Euro
- Mindereinnahmen aus der Zuführung vom Verwaltungshaushalt in Höhe von ca. 799 Tsd. Euro
- Minderausgaben im Hoch- und Tiefbau in Höhe von ca. 9,4 Mio. Euro
- Minderausgaben bei Investitionszuweisungen in Höhe von ca. 1,1 Mio. Euro

Als Konsequenz stellt sich der Stand der allgemeinen Rücklage zum Beginn des Jahres 2025 somit etwas niedriger als ursprünglich (vor NHH) geplant dar.

III) Schulden

Der Schuldenstand betrug zu Beginn des Jahres 2024:	49.529.507 Euro
bzw. nach Ausführung Kreditermächtigung aus 2023 im Jahr 2024:	56.726.107 Euro
Ende 2024 bzw. zum 01.01.2025:	79.505.724 Euro

Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 5.885 Euro zum 31.12.2024 (bei einem Einwohnerstand von 13.510 EW zum 30.06.2024 gem. Daten gdl. EWO).

Die Inanspruchnahme eines Kassenkredites war auch im Jahr 2024 nicht erforderlich.

IV) Gegenüberstellung Ansatz 2024 (inkl. NHH) - Ergebnis 2024

	Ansatz 2024 in Euro	Ergebnis 2024 in Euro
Verwaltungshaushalt	55.765.600,00	47.356.400,04
Vermögenshaushalt	56.631.100,00	43.572.150,83
Gesamthaushalt	112.396.700,00	90.928.550,87 ➡ 19,1 % weniger

Kirchheim, den 13.02.2025
Christine Brunner-Ernst